

Zum 80. Jubiläum des WSI: Aktuelle Forschungsperspektiven im Kontext der Polykrise

ANDREAS HÖVERMANN, BETTINA KOHLRAUSCH, MAGDALENA POLLOCZEK, THORSTEN SCHULTEN

1 Einleitung

Im Frühjahr 1946 wurde auf Initiative von Hans Böckler und Viktor Agartz eine „Planungs- und Forschungsstelle der Gewerkschaften“ gegründet, die kurze Zeit später in Wirtschaftswissenschaftliches Institut (WWI) und 1972 in Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) umbenannt wurde (Tenfelde 2007). In den Worten Böcklers war damit kein geringeres Ziel verbunden, als den Gewerkschaften „in ihrer wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Arbeit einen festen wissenschaftlichen Unterbau zu geben“ (Böckler 1949, o.S.).

Die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Unterstützung der Gewerkschaften wurde in den Nachkriegsjahren vor allem im Hinblick auf den Wiederaufbau und die Neuordnung der deutschen Wirtschaft reklamiert (Potthoff 1946). In der Anfangsphase des WSI standen deshalb Arbeiten im Mittelpunkt, die auf eine umfassende Mitbestimmung und eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft zielten. Es gehörte nach 1945 zu den zentralen Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik und dem Sieg des deutschen Faschismus, dass zu einer politischen Demokratie auch eine soziale Demokratie mit einer demokratischen Wirtschaftsordnung gehören muss. Das WSI hatte damit von Beginn an sein großes übergreifendes Thema, das das Institut im Laufe seiner Geschichte immer wieder beschäftigt hat und das angesichts der vielfältigen Krisen der Gegenwart heute aktueller scheint denn je. Im Kern geht es um die Frage, wie wirtschaftliche Macht so begrenzt werden kann, dass aus abhängig Beschäftigten ein „arbeitender Souverän“ (Honneth 2023) wird, der in der Lage ist, selbstbestimmt seine Arbeits- und Lebensverhältnisse zu gestalten. Dabei zielt die Forschung des WSI darauf, auf der Basis wissenschaftlicher Analysen konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie die „wirtschaftlichen Bürgerrechte“ (Marshall 1992) der Beschäftigten gesichert werden können.

Runde Geburtstage sind immer ein besonderer Anlass, die eigene Arbeit zu reflektieren. Vor zehn Jahren – anlässlich seines 70. Geburtstags – hat sich das WSI ausführlich mit seiner Geschichte beschäftigt und die verschiedenen Phasen seiner Entwicklung dokumentiert (Bispinck et al. 2016). Hierbei wurde aufgezeigt, wie das WSI vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen immer wieder neue Forschungsfragen aufgegriffen und durch neue Forschungsmethoden und originäre Datensätze sein wissenschaftliches Profil erweitert hat. Hinzu kommt, dass das WSI seit den 1990er Jahren neben der Arbeitnehmerorientierung zunehmend eine feministische Forschungsperspektive eingenommen und die Untersuchung der Geschlechterverhältnisse sowohl als eigenständigen Forschungsbereich als auch als Querschnittsthema entdeckt hat. Neben allen Veränderungen zeigt sich zugleich eine Kontinuität bestimmter Forschungsthemen, die jeweils auf der Höhe der Zeit bearbeitet werden und bis heute zu den Kernkompetenzen des WSI gehören. Dazu zählen Fragen der Organisation von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, der Einkommens- und Vermögensverteilung, der Ausgestaltung des Sozialstaates sowie der Entwicklung der industriellen Beziehungen (*Abbildung 1*), mit denen sich aktuell insgesamt 24 Wissenschaftler*innen befassen (*Abbildung 2*). Dies ist bis heute ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Forschungslandschaft.

Anlässlich seines 80. Geburtstags soll hier die Geschichte des WSI fortgeschrieben und Entwicklungen der letzten zehn Jahre in den Blick genommen werden. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die sich in diesem Zeitraum vollzogen haben, werden mit den Begriffen „Zeitenwende“ und „Polykrise“ charakterisiert (Tooze 2022). Der Begriff Zeitenwende steht für eine grundlegende geo- und wirtschaftspolitische Neuordnung der Welt, wie sie etwa in den Kriegen in der Ukraine und im Iran und einer zunehmend multipolar und protektionistisch geprägten Weltwirtschaft zum Ausdruck kommt. Mit der Polykrise ist das Zusammentreffen und sich ge-

gegenseitig Verstärken mehrerer Krisen gemeint. Hierzu gehört die Klimakrise, die ein Ende des fossilen Kapitalismus und eine grundlegende ökologische Transformation der Wirtschaft erforderlich macht. Hinzu kommen die durch die aktuellen Kriege verursachten Inflationskrisen, die aufseiten der Unternehmen mit stark gestiegenen Energiekosten und aufseiten der Beschäftigten mit erheblichen Kaufkraftverlusten einhergehen. Beide Entwicklungen tragen dazu bei, dass vor allem in den klassischen Industriebranchen viele Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz fürchten, während in anderen Branchen der Arbeits- und Fachkräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklung immer größer wird.

Parallel zu den wirtschafts- und geopolitischen Entwicklungen hat sich durch die Digitalisierung und den zunehmenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz ein grundlegender Wandel der Arbeitswelt vollzogen, dessen langfristige Folgen für die Beschäftigten noch gar nicht absehbar sind. Die Corona-Pandemie hat sich vielfach als Beschleuniger dieser Entwicklungen erwiesen und dabei die vielfältigen sozialen Spaltungen der Gesellschaft deutlich gemacht. Im Ergebnis kulminieren all diese Entwicklungen in einer grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Krise, die in zunehmender Verunsicherung und sozialen Abstiegsängsten zum Ausdruck kommt und eine wesentliche Grundlage für den politischen Aufstieg der extremen Rechten bildet.

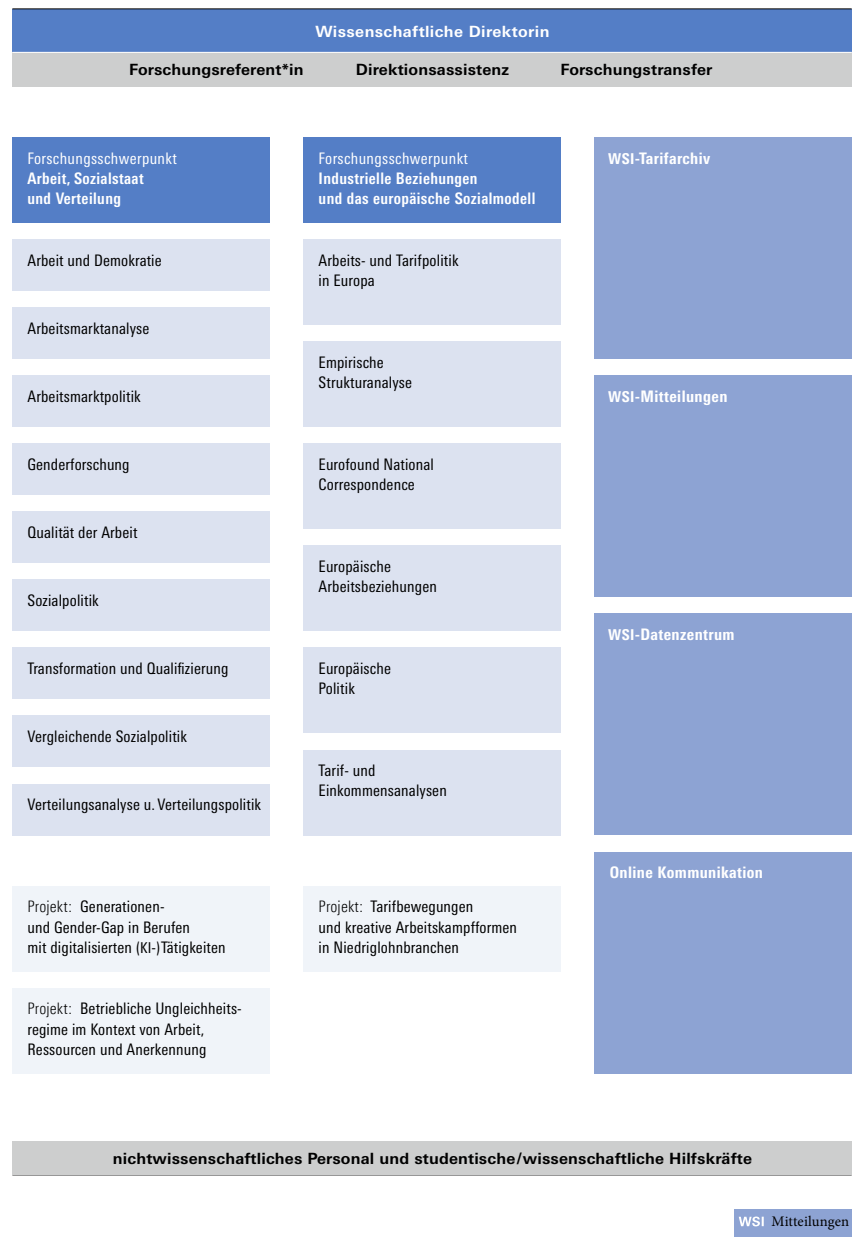
Die hier nur grob skizzierten Entwicklungen haben die Arbeiten des WSI in den letzten zehn Jahren geprägt. Im Folgenden werden exemplarisch anhand von vier Themenkomplexen aktuelle Forschungsschwerpunkte des Instituts beschrieben. Hierzu gehören die aktuellen Entwicklungen in den Kerninstitutionen der deutschen Arbeitsbeziehungen, die grundlegenden Veränderungen der Arbeitswelt, die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie der Aufstieg der extremen Rechten. Alle Untersuchungen des WSI weisen dabei auf ein Kernthema, das auch schon zur Gründung des Instituts im Mittelpunkt stand und dem bei der Bewältigung der vielfältigen Krisenphänomene eine Schlüsselstellung zukommt: den Ausbau der Mitbestimmung der Beschäftigten und die Demokratisierung der Wirtschaft.

2 Erosion und Stärkung von Mitbestimmung und Tarifverträgen

Mitbestimmung und Tarifverträge gehören seit jeher zu den zentralen Forschungsthemen des WSI. Mit der WSI-Betriebsrätebefragung und dem WSI-Tarifarchiv verfügt das WSI über originäre Datenquellen, auf deren Grundlage regelmäßig aktuelle Trends und Entwicklungen in

ABBILDUNG 1

WSI Organigramm, 2026

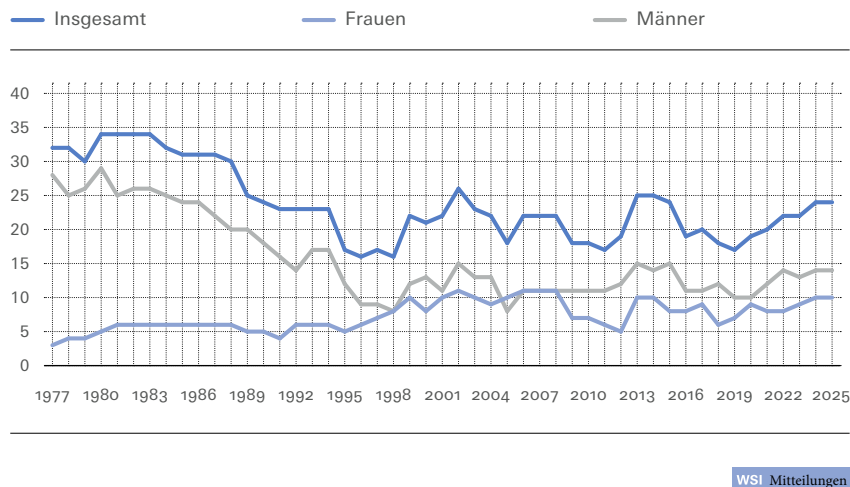


den deutschen Arbeitsbeziehungen analysiert werden. Mit seiner besonderen Stellung als arbeitnehmerorientiertes Forschungsinstitut hat das WSI außerdem einen privilegierten Zugang zu Betriebsräten und Gewerkschaften, der ihm bei vielen Themen einen erheblichen Wissensvorsprung verschafft.

Als übergreifende Fragestellung hat sich das WSI in den letzten zehn Jahren insbesondere mit der anhaltenden Erosion von Mitbestimmung und Tarifverträgen beschäftigt. Gegenwärtig arbeitet nur noch knapp die Hälfte (49 %) aller Beschäftigten in Unternehmen mit Tarifvertrag, während dieser Wert Anfang der 1990er Jahre noch bei über 80 % lag. Bei der Vertretung durch Betriebsrä-

ABBILDUNG 2

Wissenschaftliche Beschäftigte des WSI, 1977–2025



Quelle: Eigene Darstellung

te sind es sogar nur noch 42 %. Vor diesem Hintergrund wurden nicht nur die sozialen, ökonomischen und politischen Folgen dieser Entwicklung untersucht, sondern auch nach politischen Ansätzen gefragt, wie der Erosionstrend gestoppt und Betriebsräte und Tarifverträge wieder gestärkt werden können.

Bei den Forschungen über Betriebsräte hat das WSI insbesondere mit seinen regelmäßigen Untersuchungen zu Betriebsratsbehinderungen viel Aufmerksamkeit erfahren (Behrens/Dribbusch 2024). Danach ist jede fünfte Betriebsratsgründung in Deutschland von mehr oder weniger starken Behinderungen durch die Unternehmen betroffen. Diese reichen von Einschüchterungen der Betriebsratskandidat*innen über Behinderungen des Wahlvorgangs bis hin zu Kündigungen einzelner Beschäftigter. Mit seiner Forschung hat das WSI wesentlich dazu beigetragen, dass die Notwendigkeit eines besseren Schutzes der Beschäftigten und einer wirksameren rechtlichen Verfolgung von Betriebsratsbehinderungen auf die politische Tagesordnung gerückt ist.

Darüber hinaus hat das WSI auch Einflussfaktoren für die Beteiligung an Betriebsratswahlen untersucht, die als wichtige Legitimationsquelle für den Betriebsrat gilt (Behrens/Brehmer 2026). Dabei zeigen sich erhebliche Herausforderungen für die Mobilisierung der Beschäftigten, die umso besser gelingt, je stärker die gewerkschaftliche Verankerung im Betrieb ist.

Im Hinblick auf die Tarifpolitik haben die Arbeiten des WSI immer wieder deutlich gemacht, dass zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Beschäftigten bei der Bezahlung ein deutlicher Tarif-Gap von (bereinigt) etwa 10 % besteht und dass Tarifbeschäftigte auch bei Sonderzahlungen und sonstigen Arbeitsbedingungen viele Vorteile haben (Lübker/Schulten 2024). Eine wichtige Folge der sinkenden Tarifbindung in Deutschland war

ein stetig wachsender Niedriglohnsektor, der erst mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns (2015) wieder etwas reduziert werden konnte. Das WSI hat von Beginn an die Debatte um den Mindestlohn wissenschaftlich begleitet¹ und seine Entwicklung regelmäßig evaluiert (zuletzt Lübker et al. 2025). Außerdem hat das WSI in seinen jährlich erscheinenden Mindestlohnberichten die deutsche Entwicklung im internationalen Vergleich untersucht und sich aktiv an der Debatte um ein angemessenes Mindestlohniveau im Sinne der Europäischen Mindestlohnrichtlinie beteiligt (zuletzt Lübker/Schulten 2026).

Viel Raum haben auch verschiedene wissenschaftliche Arbeiten zur Stärkung der Tarifbindung eingenommen. Hierbei hat das WSI immer wieder herausgearbeitet, dass neben Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auch der Staat eine Verantwortung dafür hat, die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Tarifautonomie zu schaffen (Behrens/Schulten 2023)². Dies fordert nicht zuletzt auch die Europäische Mindestlohnrichtlinie, nach der sich alle EU-Staaten, in denen die Tarifbindung unter 80 % liegt, verpflichtet haben, einen Nationalen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung vorzulegen (Schulten/Müller 2024). In Kooperation mit dem Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen hat das WSI ein mehrjähriges Forschungsprojekt durchgeführt, das den Anspruch erhebt, eine moderne Erzählung des Tarifvertragswesens als Ausdruck wirtschaftsdemokratischer Bürgerrechte zu formulieren. Unter Beteiligung zahlreicher Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen wurden Vorschläge zur Stärkung der Tarifbindung entwickelt, die Ende 2026 in einer Studie zur Zukunft des deutschen Tarifvertragsystems veröffentlicht werden (Bosch et al. 2026).

Ob neben der Stärkung von Betriebsräten und Tarifverträgen auch neue Institutionen geschaffen werden müssen, die das bestehende System der Interessenvertretung ergänzen und stärken, war ebenfalls Gegenstand der Forschung des WSI. Ein Ansatz hierfür könnte die flächendeckende Einführung von Arbeitskammern sein, die heute schon in Bremen und dem Saarland und darüber hinaus in Österreich und Luxemburg existieren (Schulten/Behrens 2023).

1 S. a. das Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen 7/2017 „Mindestlöhne in Deutschland – Erfahrungen und Analysen“, <https://www.wsi.de/de/mindestloehne-in-deutschland-24631.htm>

2 S. a. das Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen 3/2023 „Der Staat und die Tarifautonomie“, <https://www.wsi.de/de/der-staat-und-die-tarifautonomie-49198.htm>

3 Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel

Die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung ist eng mit Prozessen der Digitalisierung, Dekarbonisierung und dem demografischen Wandel verbunden. Über die letzten Jahre hinweg hat sich die Digitalisierung der Arbeitswelt beschleunigt. Stark angewachsen ist die Plattformökonomie, deren digitale Geschäftsmodelle auf neue, flexible und häufig auf spezifische Kundenanforderungen spezialisierte Dienstleistungen und Waren setzen. Gleichzeitig bestehen hier noch immer große Regulierungslücken und damit Risiken der Prekarisierung, der Gesundheitsbelastung und der Fragmentierung von Arbeit. Die Anwendung von Robotik und automatisierten Produktionsverfahren vor allem – aber nicht nur – in der Industrie wurde stark ausgeweitet. Mit der Corona-Pandemie als Beschleuniger der Digitalisierung haben sich neue oder erweiterte Möglichkeiten ortsunabhängigen Arbeitens durchgesetzt. Insgesamt reiht sich die Entwicklung zu einer stark vernetzten digitalisierten Wirtschaftsweise ein in vorausgehende technische und technologische Fortschritte, die seit den 2010er Jahren als „Industrie 4.0“ gefasst wurden. Seit ein paar Jahren verbreitet sich Künstliche Intelligenz (KI) in rapidem Tempo. Damit stellen sich auch neue Fragen, vor allem in Bezug auf rechtliche Regulierung, Sicherheit oder in Bezug auf die Substituierbarkeit von Tätigkeiten und den Wandel von Berufen.

Auch das WSI hat die Digitalisierung umfangreich thematisiert. Zu den Schwerpunktthemen zählen z. B. die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben oder Karriereausichten durch mobile Arbeit (Lott et al. 2025a; Lott et al. 2021), gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen (Ahlers 2023), die Veränderung der Nachfrage nach Qualifikationen und Kompetenzen (Polloczek 2025) und die Hybridisierung der Erwerbsarbeit (Conen/Schulze Buschoff 2021). Angesichts der noch immer bedeutenden Ungleichheit der digitalen Kompetenzen von Männern und Frauen setzte der Gleichstellungsbericht mit dazugehöriger Fachtagung im Jahr 2023 zum *Gender Digital Gap* einen bedeutsamen Impuls zur Diskussion neuer Geschlechterungleichheiten und damit verbundener Machtfragen (Lott 2023). In den letzten zehn Jahren sind zudem drei Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen zur Frage erschienen, wie Digitalisierung die Arbeitswelt verändert, welche Aus-

wirkungen sie aus der Geschlechterperspektive hat und was die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung tun kann, damit digitale Technologien im Sinne der Beschäftigten implementiert werden (s. die Ausgaben 3/2018³, 5/2023⁴ und 1/2024⁵). Einen stärkeren Fokus auf generative KI-Technologien richtet ein im Jahr 2026 gestartetes Verbund-Forschungsprojekt, das Ungleichheiten im Zugang zu und in der Nutzung von digitalen (KI-)Anwendungen aufgrund von Geschlecht und Alter untersucht. Das Projekt fragt, inwiefern sich dadurch eine bessere Vereinbarkeit von Job und Privatleben ergibt – für die Beschäftigten selbst, aber auch für ihre Partner*innen.

Für die Dekarbonisierung der Wirtschaft stellten in den vergangenen zehn Jahren insbesondere die politischen Entscheidungen zum Klimaschutz wichtige Zielmarken des Wandels auf. Nach dem Pariser Klimaschutzabkommen, das 2016 in Kraft getreten ist, übersetzte der Green Deal der EU-Kommission die Vereinbarung 2019 erstmals in eine konkrete politische Agenda. Nachfolgende Initiativen, wie das energie- und industriepolitische Arbeitsprogramm des Clean Industrial Deals der EU-Kommission (2025) oder die Klimaschutzmaßnahmen der sogenannten Ampel-Regierung in Deutschland (ab 2021), sind Fortführungen politischer Regulierungsbemühungen, die inzwischen verstärkt auch auf Rückschläge (nicht erreichte Klimaziele) und neue geopolitische Herausforderungen (Ukraine-Krieg, Iran-Krieg) reagieren müssen. Eine gewerkschaftliche Positionierung im Zuge der Dekarbonisierung findet sich im Konzept der *Just Transition*. Es fordert einen sozialverträglichen Umbau für Beschäftigte im Einklang mit Umwelt- und Klimaschutz, die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze sowie Investitionen in öffentliche Infrastruktur und in Qualifizierung und Umschulung. Das WSI-Herbstforum 2025 widmete sich unter dem Titel „Krisen, Kämpfe, Lösungen: Transformationskonflikte im sozial-ökologischen Wandel“ genau diesem Nexus (für eine Übersicht der WSI-Herbstforen siehe *Abbildung 3*). Es lenkte den Blick auf konkrete gesellschaftliche Konfliktlinien, die im Zuge der Dekarbonisierung entstehen, wenn wirtschaftlicher Wohlstand, sozialer Schutz und ökologischer Umbau der Wirtschaft gegeneinander abgewogen werden (Löw et al. 2025). Zur Frage nach den Möglichkeiten und Herausforderungen einer ökologischen Sozialpolitik ist Ende 2025 ein Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen erschienen (s. Ausgabe 5/2025⁶).

Auch der demografische Wandel prägt den Arbeitsmarkt nachhaltig. Deutschland ist mit einer vergleichs-

3 Industrie 4.0 konkret – ungleichzeitige Entwicklungen, arbeitspolitische Einordnungen, <https://www.wsi.de/de/industrie-4-0-konkret-24610.htm>

4 Digitalisierung und Arbeit, <https://www.wsi.de/de/digitalisierung-und-arbeit-51840.htm>

5 Macht und Gegenmacht in der digitalen Transforma-

tion. Betriebliche Herrschaftsverhältnisse und Mitbestimmung in Bewegung, <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-macht-und-gegenmacht-in-der-digitalen-transformation-55177.htm>

6 Sozialpolitiken ökologisch gestalten, <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-sozialpolitiken-oekologisch-gestalten-72578.htm>

ABBILDUNG 3

WSI-Herbstforen, 2016–2026

2026	Klassenfragen: Struktur, Bewusstsein, Mobilisierung
2025	Krisen, Kämpfe, Lösungen: Transformationskonflikte im sozial-ökologischen Wandel
2024	Verteilungskonflikte: Herausforderungen für die Demokratie
2023	Mangel, Macht und Gegenmacht: Fachkräfte in Deutschland
2022	Demokratie in Arbeit: Herbstforum und Festakt zu 70 Jahre Betriebsverfassungsgesetz
2021	Solidarität in der Krise
2019	Licht und Schatten des Beschäftigungsbooms
2018	Interessenvertretung der Zukunft – Perspektiven für eine Erneuerung der Arbeitsbeziehungen
2017	Soziale Rechte in Europa – ausbauen, stärken, durchsetzen
2016	70 Jahre WSI: Gesellschaft im Umbruch – Aufgaben einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft

WSI Mitteilungen

Quelle: Eigene Darstellung

weise starken Alterung seiner Gesellschaft konfrontiert. Damit tut sich eine wachsende Lücke im Arbeitskräfteangebot auf, die auch durch das aktuelle (niedrige) Niveau der Zuwanderung nicht geschlossen wird. Zusätzlich steht der demografische Wandel im engen Zusammenhang mit der Digitalisierung und der Dekarbonisierung. Sich verändernde Arbeitsinhalte, wegfallende Stellenangebote und sich neu ausrichtende Branchen bedingen Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage und haben sogenannte Passungsprobleme verschärft. In dieser Debatte stellen Analysen des WSI einer Perspektive, die auf wirtschaftliche Effizienz verkürzt ist, Zusammenhänge und Maßnahmen aus einer arbeitnehmerorientierten Sichtweise entgegen. Entsprechende Ergebnisse finden sich gebündelt im Schwerpunktheft 3/2026 der WSI-Mitteilungen unter dem Titel „Fachkräfteengpässe – Entwicklungen, Strategien, Machtverschiebungen“.

Aus der Perspektive der Arbeitnehmer*innen stellen sich die Verschränkungen von Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie nicht zuletzt als Qualifizierungsproblem dar. Das WSI reagierte auf die skizzierten Herausforderungen im Jahr 2023 mit der Einrichtung des Referats „Aus- und Weiterbildung für eine transformierte Arbeitswelt“.

4 Die Folgen der Corona-Pandemie für die Arbeitswelt

Die Corona-Pandemie stellte Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor tiefgreifende Herausforderungen. Mit dem Lockdown ging eine deutliche Reduktion der Erwerbsar-

beit einher, die für viele Beschäftigte soziale Unsicherheit, Sorgen und Einkommenseinbußen bedeutete. Gleichzeitig stieg durch die Schließung von Kitas und Schulen die unbezahlte Sorgearbeit erheblich an, was insbesondere für Eltern zu einer massiven Doppelbelastung führte.

Vor diesem Hintergrund lieferte das WSI mit dem zu Beginn der Pandemie ins Leben gerufenen Erwerbspersonenpanel eine wichtige Datengrundlage zur Beobachtung gesellschaftlicher Dynamiken während der Pandemie. In der ersten Erhebungswelle im April 2020 wurden 7677 Personen dazu befragt, welche Auswirkungen die Pandemie auf ihr Leben hatte. Dabei war das WSI eine der ersten Forschungsinstitutionen, die auch die Auswirkungen der Pandemie auf Geschlechterungleichheiten in den Blick nahmen und diese im Rahmen eines BMBF-geförderten Verbundprojektes intensiv erforschten. Bis November 2025 wurden insgesamt 15 Befragungswellen durchgeführt. Es ist eine einzigartige Datenbasis entstanden, die nicht nur kurzfristige Entwicklungen abbildet, sondern auch langfristige Veränderungen und die Verarbeitung von Krisenerfahrungen nachvollziehbar macht.

Die Auswertungen der Daten zeigen, dass die materiellen Risiken der Pandemie vor allem ohnehin benachteiligte Gruppen trafen und dass bestehende Ungleichheiten verstärkt wurden. Dies liegt auch an strukturellen Defiziten des Sozialstaats, insbesondere seiner starken Ausrichtung auf abhängige Vollzeitbeschäftigung. Während das Kurzarbeitergeld Beschäftigte im sogenannten Normalarbeitsverhältnis recht gut absicherte, waren Selbstständige und atypisch Beschäftigte deutlich schlechter geschützt. Auch die enorme Zunahme der unbezahlten Sorgearbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wurde, fand politisch kaum Beachtung. So traten auch Geschlechterungleichheiten deutlich hervor: Frauen – vor allem Mütter – waren während der Pandemie stark belastet. Einige reduzierten ihre Arbeitszeit nachhaltig und kamen auch nach dem Ende der Pandemie nicht auf das Erwerbsvolumen, das sie vor der Pandemie hatten, zurück. Der große *Gender Care Gap* hat nicht nur sichtbare Auswirkungen in Bezug auf die Arbeitszeit, sondern ist auch ein bedeutendes Hindernis für die betriebliche Weiterbildungsteilnahme, insbesondere von Müttern, wie der WSI-Gleichstellungsbericht 2025 zeigt (Lott et al. 2025b).

Insgesamt nahm die Verunsicherung in der Bevölkerung, besonders bei einkommensschwachen Gruppen und Eltern, deutlich zu und ging teilweise mit politischer Entfremdung, der Verbreitung von Verschwörungserzählungen und antidemokratischen Einstellungen einher. Damit hinterlässt die Pandemie nicht nur ökonomische, sondern auch tiefgreifende gesellschaftliche und politische Spuren. Das WSI hat mit dem Erwerbspersonenpanel und der darauf basierenden Forschung einen wichtigen Beitrag geleistet, diese Veränderungen besser zu verstehen. Fünf Jahre nach Beginn der Pandemie zieht der Sammelband „Was von Corona übrig bleibt. Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen“ (Kohlrausch et al. 2025)

eine wissenschaftliche Bilanz und bündelt darin die WSI-Forschungsarbeiten zur Coronakrise. Seit dem Beginn der Corona-Pandemie sind zudem drei Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen erschienen, die sich diesem Themenkomplex widmen (s. Ausgaben 6/2020⁷, 1/2023⁸, 1/2026⁹).

5 Arbeit und Demokratie: Der Aufstieg der extremen Rechten

In den letzten zehn Jahren hat das WSI auch eine weitere gesellschaftspolitische Entwicklung in den Blick genommen: das Erstarken der extremen Rechten und den damit verbundenen gesellschaftlichen Rechtsruck. In Deutschland hat sich die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in diesem Zeitraum zunehmend radikalisiert, für rechtsextreme Positionierungen geöffnet und dabei gleichzeitig steigenden Erfolg bei Wahlen erzielen können. Als zunächst eher moderate liberal-konservative Partei, die sich vor allem als Anti-Euro-Partei positionierte, gelang es ihr nicht, in den Bundestag einzuziehen. Erst mit den Bundestagswahlen 2017 und 2021 und der Hinwendung zu rechtspopulistischen und migrationskritischen Forderungen gewann die Partei über 10 % der Stimmen. In den zuvor beschriebenen Krisen setzte die AfD verstärkt auf ihr Kernthema Migrationsbegrenzung und radikalisierte sich weiter mit völkisch-nationalistischen und nativistischen Positionierungen, z. B. mit der Forderung nach „Remigration“. Seit 2022 hat sie in der Bevölkerung massiv an Zuspruch gewonnen und die politische Agenda geprägt. Auch etablierte demokratische Parteien haben ihre Positionen und ihre Sprache bezüglich der Migrationspolitik übernommen. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 verdoppelte die AfD ihr Ergebnis und erreichte über 20 % der Zweitstimmen.

Bereits seit 2020 erforscht die Hans-Böckler-Stiftung in ihrem Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ die Entstehung und Verbreitung illiberal antidemokratischer Einstellungen und die Wahlpräferenz für die AfD. Ein besonderer Fokus liegt auf der Erforschung der Rolle von sozialen Lebenslagen und der Arbeitswelt für den Aufstieg der AfD (Hövermann et al. 2022). In der Corona-Pandemie stand auch die Erforschung von Verschwörungsmythen vor dem Hintergrund des rückläufi-

gen Regierungsvertrauens im Mittelpunkt der Analysen (Hövermann 2021; 2023). Im Jahr 2022 wurde das Projekt in das WSI eingegliedert und seitdem dort fortgeführt. Einen genaueren Blick auf den Rechtspopulismus in der Arbeitswelt und unter Gewerkschaftsmitgliedern wirft das Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen 3/2019, das sich sowohl mit den Ursachen als auch mit den Gegenstrategien von Gewerkschaften und Interessenvertretungen befasst.¹⁰

Auch im Rahmen der jährlich vom WSI veröffentlichten Verteilungsberichte wurden das zurückgehende Demokratievertrauen und der Aufstieg der AfD analysiert – hier im Zusammenspiel mit steigender Ungleichheit und Armut. Zu den Befunden gehört, dass materielle Einschränkungen mit einer erheblichen Distanz zu zentralen staatlichen und politischen Institutionen einhergehen (Brülle/Spannagel 2023, 2026; Spannagel/Zucco 2022). Dies zeigt sich in einem deutlich geringeren Politik- und Institutionenvertrauen, aber auch in geringerer Wahlbeteiligung sowie überdurchschnittlichen AfD-Wahlquoten bei Menschen mit geringeren Einkommen (Spannagel 2025). Ebenfalls Gegenstand von WSI-Studien war die im Jahr 2024 neugegründete Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), deren Wählerschaft Schnittmengen mit der AfD-Wählerschaft insbesondere bezüglich der politischen Unzufriedenheit, dem Institutionenmisstrauen und der Forderung nach Zuwanderungsbegrenzung aufweist (Emmler/Seikel 2024; 2026).

Aufgrund der gestiegenen Relevanz, des zunehmenden politischen Drucks und der großen gewerkschaftlichen Nachfrage gründete das WSI 2025 das Referat „Arbeit und Demokratie“. Zu den zentralen Aufgaben des Referats gehört es, relevante Erklärungsfaktoren für den Aufstieg radikal rechter Parteien zu identifizieren. Eine besondere Bedeutung kommt der Frage nach den Gründen für die besonders hohe AfD-Wahlquote unter Arbeiter*innen zu. Zudem wird die Rolle der Arbeitswelt und der Mitbestimmungsinstitutionen detaillierter analysiert: Blickt positiver auf die Demokratie, wer sie am Arbeitsplatz konkret erlebt? (Kohlrausch 2023; 2024) Und wirken Erfahrungen von Ohnmacht, Entwürdigung und fehlender Anerkennung in die gegenteilige Richtung? (Schwuchow 2023) Diese gehen häufig mit starken Emotionen wie Wut und Ungerechtigkeit einher und bieten radikal rechten Akteuren einen leicht instrumentalisierbaren Nährboden. Zunehmend ersichtlich und greifbar wird dies am Thema der ökologischen Transformation, das vor dem Hintergrund

7 Die Corona-Pandemie: zwischen Krisenintervention und Transformation, <https://www.wsi.de/de/die-corona-pandemie-zwischen-krisenintervention-und-transformation-29444.htm>

8 Homeoffice: Arbeit und Raum seit Corona, <https://www.wsi.de/de/homeoffice-arbeit-und-raum-seit-corona-45988.htm>

9 Die Arbeitswelt nach Corona, <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-die-arbeitswelt-nach-corona-74513.htm>

10 Rechtspopulismus in der Arbeitswelt – eine Herausforderung für Gewerkschaften, <https://www.wsi.de/de/21243.htm>

des Arbeitsplatzverlusts in der Industrie erfolgreich von der AfD als Angst- und Sordenthema angesprochen wird (Hövermann 2025). Auch im europäischen Ländervergleich zeigt sich eine Stärkung demokratischer Einstellungen durch Beteiligungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz – allerdings mit unterschiedlichen Konsequenzen für das Wahlverhalten in den jeweiligen Parteiensystemen (Hövermann et al. 2025).

Ein nicht unerheblicher Arbeitsanteil des Referats entfällt zudem auf die Vermittlung und den Transfer der wissenschaftlichen Befunde in die gewerkschaftliche Praxis, aber auch in die Zivilgesellschaft und die generelle Öffentlichkeit. Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch die gestiegene Präsenz autoritärer, extrem rechter Kräfte sowohl national als auch international ist der Bedarf an Expertise in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Die Forschung des WSI verdeutlicht, dass die Rolle der Arbeitswelt bei der Stärkung und Verteidigung der Demokratie keinesfalls unterschätzt werden sollte. Die Förderung demokratischer Erfahrungen und demokratischen Lernens am Arbeitsplatz ist eine wirkungsvolle Strategie, um die Fähigkeiten, Werte und normativen Präferenzen zu vermitteln, die für demokratische Gesellschaften grundlegend sind. Sie stärken das Vertrauen in zentrale Institutionen und verringern ausgrenzende Haltungen gegenüber Minderheiten.

6 Forschung am WSI: Wissenschaft mit normativem Kompass

Die vorangegangene Darstellung macht deutlich, dass das WSI als gewerkschaftsnahes Institut eine normative Ausrichtung verfolgt, die sich insbesondere an Fragen sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeitsbedingungen orientiert, zugleich aber hohen wissenschaftlichen Standards verpflichtet bleibt. Dabei ist Letzteres die Voraussetzung für Ersteres. Nur wenn die Forschung einem hohen wissenschaftlichen Niveau entspricht, kann sie in politischen Debatten Relevanz entfalten. Das ist kein neuer Anspruch. Schon Viktor Agartz hat darauf hingewiesen, dass sich das WSI von Anfang an verpflichtet fühlte, „sich absolut wissenschaftlicher Objektivität zu befleißigen“, da es „ohne wissenschaftliche Objektivität (...) der Gewerkschaftsbewegung auch nur Schaden zufügen [könnte]“ (Agartz 1952, S. 4). Dass die Forschung im WSI diesem Anspruch genügt, zeigen die vielen Publikationen in renommierten Fachzeitschriften, die neben zahlreichen Policy Briefs und Policy Reports jedes Jahr aus seiner Forschung hervorgehen, ebenso wie die engen Kooperationen des WSI mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen auf nationaler und internationaler Ebene. Mit diesem Wissenschaftsverständnis schließt das WSI an eine etablierte Forschungstradition an. So argumentierte etwa Max Horkheimer (1937), dass bereits die Auswahl von Forschungsfragen durch soziale Bedingungen geprägt ist und Wissenschaft bestehende Machtverhältnisse reproduziert, wenn sie ihre normativen Voraussetzungen nicht reflektiert.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das WSI gezielt Themen, die im wissenschaftlichen Mainstream häufig unterrepräsentiert sind, etwa dem Zusammenhang von Arbeit und Demokratie, der Behinderung von Betriebsratsgründungen oder den Auswirkungen der Pandemie auf Geschlechterungleichheiten. Gleichzeitig stellt es umfangreiche Datensätze bereit, die auch von anderen Forschenden genutzt werden können und trägt so zur Weiterentwicklung kritischer Forschung bei. Dabei werden

bei der Datenerhebung und -auswertung hohe methodische Standards gewahrt.

Anknüpfend an die Überlegungen von Michael Burawoy (2015) zur „öffentlichen Soziologie“, die den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stärkt und zur demokratischen Auseinandersetzung beiträgt, entwickelt das WSI zudem neue Formate der Wissenschaftskommunikation, wofür im Jahr 2021 eine neue Stelle „Forschungstransfer“ eingerichtet wurde. Dazu zählt etwa die Zusammenarbeit mit der Bundeskunsthalle, in deren Rahmen 2022 die Ausstellung „Die Letzten ihrer Art. Handwerk und Berufe im Wandel“ realisiert wurde. Mit einem vielseitigen Programm mit Führungen, Workshops und Abendveranstaltungen wurden sowohl Schüler*innen und die interessierte Öffentlichkeit als auch Gewerkschaften, einzelne Berufsgruppen und Wissenschaftler*innen angesprochen.

Gerade in der gegenwärtigen, durch Polykrisen geprägten Zeit gewinnt eine öffentlich orientierte und zugleich wissenschaftlich fundierte Forschung besondere Bedeutung. Die Aufgabe des WSI wird auch in Zukunft darin bestehen, die Brücke zwischen anspruchsvoller Wissenschaft und Politikberatung zu schlagen. Die Herausforderungen werden mit Sicherheit nicht kleiner, aber mit 80 Jahren Erfahrung ist das WSI gut gerüstet. ■

LITERATUR

- Agartz, V.** (1952): Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB, in: *Wirtschaft und Wissen* Nr. 2, S. 4–5
- Ahlers, E.** (2023): New Work(Load)? Gestaltungsansätze für selbstorganisierte Formen der Arbeitsorganisation. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 78, Düsseldorf
- Behrens, M. / Brehmer, W.** (2026): Wer geht zur Betriebsratswahl? Befunde aus der Betriebsräte- und der Erwerbspersonenbefragung des WSI. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 110, Düsseldorf
- Behrens, M. / Dribbusch, H.** (2024): Mitbestimmung bleibt umkämpft. Ergebnisse der vierten Befragung zur Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen, in: *WSI-Mitteilungen* 77 (6), S. 467–476
- Behrens, M. / Schulten, T.** (2023): Das Verhältnis von Staat und Tarifautonomie. Ansätze zur Stabilisierung des Tarifvertragssystems, in: *WSI-Mitteilungen* 76 (3), S. 159–167
- Bispinck, R. / Hassel, A. / Schulten, T.** (2016): 70 Jahre WSI – 70 Jahre arbeitnehmerorientierte Wissenschaft, in: *WSI-Mitteilungen* 69 (8), S. 573–582
- Böckler, H.** (1949): Zum Geleit, in: *Probleme der westdeutschen Wirtschaft, Tätigkeitsbericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI)*, Köln
- Bosch, G. / Hüttenhoff, F. / Schulten, T.** (Hrsg.) (2026): Tarifbindung stärken – Ungleichheit durch faire Löhne verringern (Arbeitstitel), Wiesbaden, i. E.
- Brülle, J. / Spannagel, D.** (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. WSI-Verteilungsbericht 2023. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 90, Düsseldorf
- Brülle, J. / Spannagel, D.** (2026): Eine Frage des Geldes? Mediationsanalysen zum Effekt der Einkommensposition auf das Politikvertrauen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie, online first*, DOI: 10.1007/s11577-026-01051-2
- Burawoy, M.** (2015): *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*, Weinheim/Basel
- Conen, W. / Schulze Buschoff, K.** (2021): Multiple Jobholding in Europe, in: *Transfer* 27 (2), S. 141–147
- Emmler, H. / Seikel, D.** (2024): Wer wählt „Bündnis Sahra Wagenknecht“? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 94, Düsseldorf
- Emmler, H. / Seikel, D.** (2026): Die Wählerschaft des BSW bei der Bundestagswahl 2025. Befunde aus der WSI-Nachwahlbefragung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 112, Düsseldorf

Honneth, A. (2023): Der arbeitende Souverän, Berlin

Horkheimer, M. (2021/1937): Traditionelle und kritische Theorie, Ditzingen

Hövermann, A. (2021): Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmythen bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 61, Düsseldorf

Hövermann, A. (2023): Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter in der sich zuspitzenden Energiekrise. Analysen anhand des Erwerbspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 78, Düsseldorf

Hövermann, A. (2025): Die Verdopplung des AfD-Elektorats – Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Study Nr. 42, Düsseldorf

Hövermann, A. / Voss, D. / Kohlrausch, B. (2022): Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Hans-Böckler-Stiftung: Forschungsförderung Working Paper, Nr. 241, Düsseldorf

Hövermann, A. / Kohlrausch, B. / Langer, A. / Meuleman, B. (2025): How Work Shapes Democracy. Political Preferences, Populist Attitudes and Far-Right Voting Intentions Among the European Labour Force – a Cross-Country Survey Project in the Face of the 2024 EU Elections. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Study Nr. 40, Düsseldorf

Kohlrausch, B. (2023): Welche Rechte braucht der „arbeitende Souverän“? Ideen für eine Weiterentwicklung industrieller Staatsbürgerrechte, in: WSI-Mitteilungen 75 (4), S. 296–303

Kohlrausch, B. (2024): Die Demokratisierung von Arbeit – permanente Herausforderung für die Sozialpartnerschaft und ihre Erforschung, in: Vierteljahresschrift zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung 1, S. 131–142

Kohlrausch, B. / Peters, E. / Schulze Buschoff, K. (2025): Was von Corona übrig bleibt. Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen, Frankfurt a. M.

Lott, Y. (2023): Der Gender Digital Gap in Transformation? Verwendung digitaler Technologien und Einschätzung der Berufschancen in einem digitalisierten Arbeitsmarkt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 81, Düsseldorf

Lott, Y. / Ahlers, E. / Wenckeback, J. / Zucco, A. (2021): Recht auf mobile Arbeit. Warum wir es brauchen, was es regeln muss. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 55, Düsseldorf

Lott, Y. / Polloczek, M. / Peters, E. (2025b): Und es gibt ihn doch! Der Gender Training Gap bei betrieblichen Weiterbildungen. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 101, Düsseldorf

Lott, Y. / Wang, S. / Chung, H. (2025a): Karriereknick durch Homeoffice? Empirische Evidenz eines Experiments. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 87, Düsseldorf

Löw, N. / Mewes, S. / Polloczek, M. (2025): Blogserie „Konflikte um eine sozial gerechte Klimawende“. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: <https://www.wsi.de/de/blog-17857-konflikte-um-eine-sozial-gerechte-klimawende-71920.htm> (letzter Zugriff: 06.05.2026)

Lübker, M. / Schulten, T. (2024): Tarifbindung in den Bundesländern – Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Tarifarchiv: Analysen zur Tarifpolitik Nr. 103, Düsseldorf

Lübker, M. / Schulten, T. (2026): WSI-Mindestlohnbericht 2026, Konsolidierung der neuen Europäischen Mindestlohnpolitik. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 111, Düsseldorf

Lübker, M. / Schulten, T. / Herzog-Stein, A. (2025): 10 Jahre Mindestlohn: Bilanz und Ausblick – Gemeinsame Stellungnahme von WSI und IMK anlässlich der schriftlichen Anhörung der Mindestlohnkommission 2025. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 88, Düsseldorf

Marshall, T. H. (1992): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: ders.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates Frankfurt a. M., S. 3–94

Polloczek, M. (2025): Skills in Changing Labor Markets. Comparative Analyses on Digitalization, Skill Formation and Skill Demand during Recruiting in Estonia and Germany, Dissertation, Universität Paderborn

Potthoff, E. (1946): Kurzes Memorandum über die Aufgaben und Besetzung der Planungs- und Forschungsstelle der Gewerkschaften, Manuskript vom 07.05., Archiv der sozialen Demokratie (AsD), DGB-Archiv, Bestell-Nr.: 11/230, Film-Nr.: 81/18

Schulten, T. / Behrens, M. (2023): Neue Institutionen braucht das Land. Arbeitskammern als Antwort auf die zunehmende Vertretungslücke in den deutschen Arbeitsbeziehungen? WSI-Mitteilungen 76 (3), S. 211–220

Schulten, T. / Müller, T. (2024): Die Europäische Mindestlohnrichtlinie als Tarifvertragsstärkungsrichtlinie, in: WSI-Mitteilungen 77 (6), S. 441–449

Schwuchow, T. (2023): Kampf um Würde in der Arbeit. Rechtspopulismus als Ausdruck eines moralischen Unrechtsempfindens, Baden-Baden

Spannagel, D. (2025): Mehr Ungleichheit – weniger politische Teilhabe. WSI-Verteilungsbericht 2025. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 108, Düsseldorf

Spannagel, D. / Zucco, A. (2022): Armut grenzt aus – WSI-Verteilungsbericht 2022. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 79, Düsseldorf

Tenfelde, K. (2007): Gewerkschaft, Wissenschaft, Mitbestimmung. Von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des ADGB bis zum WSI in der Hans-Böckler-Stiftung – Stationen und Funktionen eines gewerkschaftlichen Think Tanks, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen (38), S. 45–59

Tooze, A. (2022): Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand, Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 36, <https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/bwbs-h36-online.pdf> (letzter Zugriff: 06.05.2026)

AUTOR*INNEN

ANDREAS HÖVERMANN, Dr., Leiter des Referats „Arbeit und Demokratie“ am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Forschungsschwerpunkte: Vorurteile und rechtspopulistische Einstellungen, Anomie, Transformation.

@ andreas-hoevermann@boeckler.de

BETTINA KOHLRAUSCH, Prof. Dr., wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Forschungsschwerpunkte: Bildungsungleichheit, soziale Ungleichheit, Effekte der Digitalisierung auf Arbeit und Qualifizierung, Wandel politischer Einstellungen, Rechtspopulismus.

@ bettina-kohlrausch@boeckler.de

MAGDALENA POLLOCZEK, Dr., Leiterin des Referats „Aus- und Weiterbildung für eine transformierte Arbeitswelt“ am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Forschungsschwerpunkte: Ungleichheiten, Qualifizierung im betrieblichen Kontext, betriebliche Rekrutierungsstrategien, Kompetenzen.

@ magdalena-polloczek@boeckler.de

THORSTEN SCHULTEN, Prof. Dr., Leiter des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung und Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Forschungsschwerpunkte: international vergleichende Lohn- und Tarifpolitik, Arbeitsforschung, Industrielle Beziehungen.

@ thorsten-schulten@boeckler.de